



Verband der bayerischen Lehr- und Beratungskräfte

im höheren Dienst – Ernährung, Ländlicher Raum, Agrarwirtschaft e.V.

www.vela-bayern.de

info@vela-bayern.de

Bericht des 1. Vorsitzenden für die Zeit vom 15. Juli bis 3. Dezember 2006

Liebe Mitglieder,

fast 1 1/2 Jahre sind seit Inkrafttreten der Verwaltungsreform vergangen. Ich meine, dass manches gar nicht so schlecht funktioniert. Dennoch besteht aber in vielen Bereichen noch deutlich die Notwendigkeit zu Nachbesserungen (z.B. Anpassung der Regelungen für die beiden Bereiche Land- und Forstwirtschaft auf gleichem Niveau, Zusammenarbeit Ämter, FüAK und Staatsministerium). Vor allem die Neudefinition der Aufgaben der staatlichen Beratung ist nach Meinung vieler Kolleginnen und Kollegen noch klarer festzulegen. Wie geht es mit der staatlichen Beratung weiter?

Diese Frage wurde auf allen Bezirksversammlungen, aber auch in unserer Mitgliederversammlung von vielen Kolleginnen und Kollegen gestellt. Bis heute ist kein roter Faden ersichtlich, der die Konturen für die künftige staatliche Beratung erkennen lässt. Die Aussage allein, „Wir ziehen uns aus der staatlichen Beratung zurück“, hat ein Vakuum geschaffen, in welches viele Beratungsorganisationen und Selbsthilfeeinrichtungen mit teilweise „weltfremden“ Vorstellungen einzudringen versuchen. Dies schafft Unsicherheit und damit Unruhe bei allen Beteiligten! Von einer Aufbruchstimmung in der staatlichen Beratung ist derzeit im Gegensatz zu breiten Teilen in der Landwirtschaft nichts zu verspüren.

Gespräch der Vorstandschaft mit Staatsminister Miller

Bei unserem Gespräch mit Herrn Staatsminister Miller am 2. August hatten wir zwei Themenbereiche vorgesehen:

- zum einem wollten wir ihm die Ergebnisse unserer Mitgliederbefragung im Mai dieses Jahres und die Forderungen daraus vorstellen und
- zum anderen legten wir unsere Forderungen zur Stär-

kung der staatlichen Beratung im Entwurf des Agrarwirtschaftsgesetzes dar.

Leider hatten die Mitglieder des Verbandes nur relativ wenig Zeit bei diesem Gespräch, um unsere Vorschläge und Forderungen darzustellen. Die Aussage von Herrn Staatsminister Miller, dass „die Zukunft der Landwirtschaftsverwaltung von der Beratungskompetenz abhängt“ trägt der Verband voll und ganz mit. Es wäre aber nun wünschenswert, dass die Führungsspitze die Beratungskompetenz ihrer Beschäftigten entsprechend darstelle und auf politischer Ebene dafür Sorge, dass die Aufgabenbereiche der staatlichen Beratung auch künftig klar definiert werden. Damit könnte sehr schnell die vorherrschende Unsicherheit bei den Verbundpartnern und den Kolleginnen und Kollegen der staatlichen Beratung beseitigt werden.

Bei unserer Forderung, Fahrzeiten als Arbeitszeit voll anrechnen zu können, sagte uns Minister Miller seine volle Unterstützung zu. Leider haben wir zwischenzeitlich vom Staatsministerium der Finanzen eine Ablehnung unserer Forderung erhalten. Ich meine, dass dies noch nicht das letzte Wort für eine künftige Handhabung der Regelung sein kann. Ansonsten besteht sicherlich die Gefahr, dass die Mitarbeiter den Außendienst frühzeitig beenden, um noch rechtzeitig vor Ende der Soll-Arbeitszeit das Büro zu erreichen.

Wie geht's weiter mit der staatlichen Beratung?

Das Kerngeschäft unserer Verwaltung war in der Vergangenheit in erster Linie die Beratung und Unterrichtstätigkeit. Seit Ende der 80er Jahre haben wir mit jeder Agrarreform zunehmend mehr Aufgaben im Fördervollzug übernommen. Dass zwischenzeitlich mit über 1 Mrd. Euro Finanzmittel pro Jahr für die Bayerische Landwirtschaft

ein ganz erhebliches Fördervolumen durch unsere Verwaltung abgewickelt wird, und dies auch nach den Brüsseler Vorgaben geschehen muss, ist uns allen bewusst. In unserer Verwaltung haben wir deshalb ein weiteres Kerngeschäft aufgebaut. Es wäre aber meines Erachtens falsch, wenn wir uns aus unserem „angestammten“ Kerngeschäft Beratung zurückziehen würden. Nicht nur, weil erfolgreiche Privatunternehmen so auch nicht handeln würden, sondern weil die bäuerlichen Familien in dieser so stürmischen Zeit eine kompetente, unabhängige staatliche Beratung auch benötigen!

Ich habe im vergangenen halben Jahr viele Gespräche mit Vertretern des Bauernverbandes, Selbsthilfeeinrichtungen, VLF und politischen Mandatsträgern geführt, mit dem Ziel, dass die staatliche Beratung auch künftig im Agrarwirtschaftsgesetz bestmöglich verankert wird. Die Kolleginnen und Kollegen in unserer Verwaltung, in allen Laufbahngruppen, wünschen sich möglichst bald eine klare Aussage über die Aufgabenbereiche der staatlichen Beratung und die Zusage, dass dafür auch ausreichendes Personal (d.h. konkrete Angaben von Planstellen!) zur Verfügung gestellt werden. Es kann nicht sein, dass künftige Stelleneinsparungen nur von den Beratungsabteilungen zu erbringen sind! Eine klare Aussage unserer Führungsspitze könnte sehr schnell zu einer Beendigung der Identitätskrise der staatliche Beratung beitragen und für einen entsprechenden Motivationsschub bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sorgen. Allein die Tatsache, dass es nirgendwo in der Welt florierende Beratungsunternehmen in der Landwirtschaft gibt, garantiert uns nicht den Fortbestand der staatlichen Beratung!

Der Verband ist bereit sich konstruktiv in die Diskussion zur künftigen Ausgestaltung der Beratung in Bayern einzubringen. Dabei ist uns durchaus klar, dass die staatliche Beratung sich in manchen Bereichen (z.B. Produktionstechnik) zurückziehen wird und damit auch Veränderungen im Tätigkeitsgebiet der Kolleginnen und Kollegen zu erwarten sind. Die Änderungen der Agrarpolitik in Brüssel und die fortschreitende Globalisierung auch in der Landwirtschaft wird ganz erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation und damit die Existenz der bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern haben, was wiederum eine weitere nachteilige Entwicklung des gesamten ländlichen Raums befürchten lässt. Ich bin deshalb der Meinung, dass zur Lösung dieser Probleme und zur intensiven Begleitung der bäuerlichen Familien künftig vermehrt in der Beratung „Generalisten auf hohem Niveau“ benötigt werden, welche sehr stark in Netzwerken denken und arbeiten.

Geschäftsausschusseminar im Oktober in Weichering

Bei unserer eintägigen Tagung haben wir uns noch einmal

mit den Ergebnissen des Workshops vom Frühjahr beschäftigt. Unter anderem haben wir uns darauf verständigt, dass künftig die aktiven Mitglieder die Verbandsmitteilungen über E-Mail-Verteiler erhalten sollen, sobald dafür die Genehmigung durch die Staatsregierung vorliegt. Die Pensionisten erhalten das Mitteilungsblatt wie bisher in Papierform. Sofern sie Geschäftsführer Ludwig Zahnweh ihre E-Mail-Adresse mitteilen, werden auch sie das Mitteilungsblatt elektronisch erhalten. Auch wollen wir künftig unsere Mitglieder schneller über aktuelle Sachverhalte mit Hilfe eines E-Mail-Verteilers informieren. Die Einrichtung eines geschlossenen Benutzerbereiches unserer Homepage wäre damit hinfällig.

Am Nachmittag informierte uns MDirg Wolfram Schöhl über den Stand zur Verbundberatung. Auch wenn die Teilnehmer des Geschäftsausschusses wenig Neues erfuhren, so konnten wir doch unsere Fragen und Meinungen an den Referenten richten, auch in der Hoffnung, dass unsere Praxiserfahrung in die weitere Diskussion einfließen wird.

Angemessene Alimentation kinderreicher Beamter und Beratung/Unterstützung unserer Mitglieder in persönlichen Anliegen

Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, deren Anspruch auf Kindergeldnachzahlung für das dritte und weitere Kind abgelehnt wurde, bzw. noch nicht beantwortet wurde, sich an unseren Geschäftsführer Ludwig Zahnweh zu wenden. Am besten ist es, ihm den entsprechenden Sachverhalt schriftlich mitzuteilen. Wir werden dann beim Bayerischen Beamtenbund und auch beim Staatsministerium ein aktives Vorantreiben der berechtigten Interessen der betroffenen Mitglieder einfordern. Ministerialrat Robert Aumiller hat mir in dieser Angelegenheit seine Unterstützung zugesagt. Nach seiner Aussage ist die Sache noch nicht endgültig geklärt. Wir sollten deshalb alle Fälle betroffener Mitglieder aufgreifen und nochmals vorbringen.

Mitgliederversammlung 2007

Am Mittwoch, dem 23. Mai 2007, findet um 9.30 Uhr im Gasthaus Voglsang in Weichering unsere Mitgliederversammlung statt. Referent ist Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes. Er spricht zum Thema „Bayern nach der Föderalismusreform: Chancen und Risiken für den öffentlichen Dienst!“ Ich habe Rolf Habermann als einen Gewerkschaftsführer moderner Prägung kennen gelernt, der berechnete Forderungen mit Nachdruck zum Ausdruck bringt, aber auch zur einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Staatsregierung bereit ist. Ich denke, dass die Anwesenden aktuelle Informatio-

nen aus erster Hand erfahren werden und freue mich über eine zahlreiche Teilnahme.

Bei meiner Teilnahme an den Bezirksversammlungen, aber auch in Gesprächen und E-mails habe ich viel Zuspruch für meine Arbeit im Verband erhalten. Dafür, aber auch für die gute Unterstützung durch die Kolleginnen und Kollegen vom Vorstand und Geschäftsausschuss bedanke ich mich herzlich.

Ihnen, liebe Mitglieder, Ihren Familien und Freunden wünsche ich ein gesegnetes und frohes Weihnachtsfest und für das neue Jahr 2007 alles Gute, vor allem Gesundheit, Zufriedenheit, Glück und Erfolg in Ihrer Arbeit.

Ihr
Josef Konrad
1. Vorsitzender

Aus dem Bereich des Bayerischen Beamtenbundes

Alimentation kinderreicher Beamter

Nach wie vor gibt es zu diesem Thema eine Reihe offener Fragen und Unsicherheiten. Neben der Komplexität der Fälle liegt dies v.a. daran, dass die Rechtslage nach wie vor nicht in allen Punkten klar ist.

Wie der BBB mitteilt, ist die Sachlage **für die Jahre 1990 bis 1998** insoweit entschieden, dass für „Beamte, die nur Anträge auf höheres Kindergeld gestellt haben und dies auch als Anträge auf höhere Besoldung verstanden haben wollten, keine Ansprüche auf Nachzahlung bestehen.“ (BBB-Nachrichten 11-2006, S. 175 f). Dies gilt also für die Beamten, die nicht zusätzlich einen Antrag auf höhere Besoldung gestellt haben. Hier ist mit abschlägigen Bescheiden zu rechnen.

Weitere Fallgestaltungen sind offen. Sobald darüber gerichtlich entschieden ist, wird der BBB dazu informieren. Grundsätzlich davon zu unterscheiden sind die Fälle, in denen es um den **Zeitraum ab 2000** geht. Hier greift bei entsprechenden Bescheiden die dreijährige Verjährungsfrist für die Jahre 2000 und 2001 laut BBB zu Recht; im Übrigen ruht das Verfahren. In entsprechenden Bescheiden sollte festgehalten sein, dass „auf Geltendmachung der Einwände verzichtet wird“.

Noch also sind nicht alle Signale auf Rot. Eine umfassende Infomappe steht allen Betroffenen auf der Internetseite des BBB unter www.bayerischer-beamtenbund.de zur Verfügung.

Damit wir uns als VELA beim BBB ebenso wie innerhalb der Ressorts konkret für Ihre Interessen einsetzen können, müssen wir Art und Umfang der Probleme unserer Mitglieder kennen. Ich bitte daher die Betroffenen, sich bei unserer Geschäftsführung oder direkt bei mir zu melden.

Änderungen des Bayerischen Beihilferechts

Ab 01.01.07 wird es in Bayern ein eigenständiges Beihilferecht geben. Dazu beriet der Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes am 24.10.06. Die voraus-

sichtlich endgültige Gestaltung der bayerischen Beihilfe liegt damit fest. Lt. BBB bleiben die grundsätzlichen Regelungen des „alten“ Beihilferechts unverändert. Über die Änderungen in Details (z.B. bzgl. Eigenbehalt und gesetzlich Versicherter) informieren die BBB-Nachrichten 11-2006, S. 176 ff.

BBB-Frauenvollversammlung und Sitzung des BBB-Frauenausschusses

Jeweils im Jahr der BBB-Vollversammlung treffen sich im fünfjährigen Rhythmus auch die Delegierten der Frauenvollversammlung.

2006 kamen am 08.11.06 unter dem Motto „Für eine frauen- und familienfreundliche Dienstrechtspolitik in Bayern“ die rund 50 Vertreterinnen der BBB-Mitgliedsverbände in München zusammen. Nach der Festansprache des Leiters der Staatskanzlei, StM Eberhard Sinner, beschäftigten sich die Delegierten in drei Arbeitsgruppen mit den Themen Besoldungsrecht, Beamten- und Laufbahnrecht und Versorgungsrecht. Hauptanliegen dabei war, die Interessen der BBB-Frauen zu formulieren und in die **anstehenden Verhandlungen zur Reform des Bayerischen Beamtengesetzes** einzubringen. Möge dies gelingen!

Gleichzeitig fanden auch die Wahlen der Mitglieder des BBB-Frauenausschusses statt. VELA wird dort künftig vertreten sein. Frau Gerlinde Woppmann wurde als Vorsitzende bestätigt.

Der Advent hat längst begonnen. Zeit, innezuhalten und sich auf das Wesentliche zu besinnen. Ich wünsche allen Mitgliedern in Landwirtschafts- wie Gesundheitsverwaltung ein paar ruhige Tage, frohe Weihnachten und alles Gute für 2007.

Angelika Reiter-Nüssle

Aus den Bezirken

Bezirksversammlung Niederbayern

Von Herrn Trauzettel konnten 41 Mitglieder, darunter auch zahlreiche Pensionisten begrüßt werden. Besonders Willkommen geheißen wurden Frau Gerlinde Woppmann vom BBB als Hauptreferentin, Josef Eichenseer als Behördenleiter des örtlichen ALF Pfarrkirchen und Josef Konrad, Landesvorsitzender des VELA.

Vortrag von Gerlinde Woppmann, BBB: „**Änderungen des Beamtenrechts und unübersichtliche Situation im Versorgungsrecht**“.

Zunächst ging Frau Woppmann auf die Föderalismusreform (Grundgesetzänderung vom 07. Juli 2006 - : Öffentliches Dienstrecht, Besoldungs- und Versorgungsrecht werden in Zukunft durch Landesrecht geregelt) ein. Diese berge die Gefahr einer Besoldung nach Kassenlage. Da aber viele Befugnisse jetzt bei den Ländern selbst lägen, wäre eine erste positive Auswirkung die Einigung bei der Sonderzuwendung und der Einmalzahlung. So sei die Sonderzuwendung jetzt für drei Jahre gesichert und dies würde auch die Ruhestandsbeamten einbeziehen und die Einmalzahlung in 2006 und 2007 betrage 250 € (Anwärter 100 €). Damit sei Bayern das Land mit der höchsten Sonderzahlung. Andererseits brachte Frau Woppmann die Besorgnis des BBB zur Fortentwicklungsklausel zur Sprache. Die Klausel sei unnötig, das Beamtenrecht sei ohnehin steter Fortentwicklung unterworfen und keineswegs statisch. Sofern diese Klausel Eingriffe in das Statusrecht beinhalten würde, würden diese in jedem Falle vom BBB bekämpft. Zur Frage der Bürgerversicherung bemerkte Frau Woppmann, dass auch die CSU den privaten Krankenkassen den Rücken stärke. Zur „Neiddiskussion“ die immer wieder von bestimmten Gruppen angefacht würde, so z. B. vom Bund der Steuerzahler stellte Frau Woppmann fest, dass anstelle der Anhebung der Altersgrenze es viel sinnvoller sei, Frühpensionierungen zu vermeiden. Dazu bedürfe es v. a. der Anpassung der Arbeitsbedingungen in einer Weise, die es auch arbeitswilligen aber von der Dienstunfähigkeit bedrohten Beamten ermögliche zu arbeiten. Gründe für die Dienstunfähigkeit seien oft psychische Erkrankungen, Krankheiten der Muskeln- und/oder des Skeletts sowie Herz-Kreislaufkrankungen. Die konkrete Folge von einer Ruhestandsversetzung vor dem Erreichen des 63. Lebensjahres seien Abschläge von 10,8 % auf das Ruhegehalt. Deshalb sei eine private Absicherung dieses Risikos empfehlenswert.

In der anschließenden regen Diskussion konnte Frau Woppmann ferner noch folgendes aufzeigen: Die Anhebung der Besoldung v. a. im Mittleren und einfachen Dienst sei dem BBB besonders wichtig. Die Altersteilzeitregelung läuft zum 1.1.2010 aus. Die Versorgungsrücklage in Höhe von 0,2% bei linearer Gehaltsanpassung ist zu-

sammen mit dem Versorgungsfond ein wichtiges Instrument in der Altersversorgung.

Nach dem Mittagessen wurde die Fa. Haas, Fertighausbau in Falkenberg besichtigt.

Frank Trauzettel

Bezirksverband Oberpfalz

Die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Oberpfalz fand am 21. Juli im Landkreis Schwandorf in Neuschwand statt. Die zentrale Lage des Tagungsortes, aber vor allem die Neugierde auf unseren Hauptreferenten, Herrn MR Martin Wolf vom StMLF, waren wohl entscheidende Gründe für den guten Besuch. Erstmals nach mehreren Jahren konnten mit stellvertretendem Landrat Joachim Hanisch und Bürgermeister Albert Bauer auch zwei Kommunalpolitiker begrüßt werden. Beide hoben in ihrem Grußwort die Bedeutung des Ländlichen Raumes hervor und würdigten ausdrücklich die Leistungen und den Einsatz der ÄLF für dessen Gestaltung. Insbesondere die vielen Projekte der Abteilung L3, Strukturentwicklung und Haushaltsleistungen, wurden von beiden lobend hervorgehoben. „Trotz Sparmaßnahmen muss die staatliche Beratung erhalten bleiben“ forderten beide Politiker.

Der Bericht des Bezirksvorsitzenden Georg Mayer beinhaltete die Punkte, bei denen der Verband seit der letzten Mitgliederversammlung tätig geworden ist. Zu nennen sind hierbei Schreiben an das Ministerium zur kurzfristigen Umsetzung von Personal aus der L2 und L3 in die L1, erneute Personalratswahlen im Mai 2006, nachdem erst im Dezember 2005 gewählt worden war, Stellungnahmen zur neuen GO der Ämter und zum Entwurf des Agrarwirtschaftsgesetzes, Forderung nach einer Erhöhung der Kilometerpauschale bei Dienstreisen mit dem eigenen PKW, oder Verbesserung der Anrechnung der Fahrzeit auf die Arbeitszeit außerhalb der Regelarbeitszeit und vieles mehr. Das Ergebnis der Mitgliederbefragung wurde ebenfalls erläutert und ist im Übrigen im letzten Mitteilungsblatt Nr. 2/2006 oder im Internet unter www.vela-bayern.de detailliert nachzulesen. Frau Hedwig Jacobey berichtete kurz über Aktuelles aus dem Bereich Strukturentwicklung und Haushaltsleistungen. Die Erfahrungen der „Ernährungsberatung“ in Sachen Trennungsgeld legen für sie nahe, sich in der Verbandsarbeit künftig verstärkt für sozialrechtliche Fragen der Mitglieder einzusetzen.

Besonders gespannt waren die Anwesenden auf die Ausführungen von MR Martin Wolf, neuer Referatsleiter „Führung und Controlling“ am StMLF, der zum Thema „Das neue Amt für Landwirtschaft und Forsten – zwei Bereiche in einem Amt“ referierte. Trotz aller Kritik und Schwierigkeiten, die nach der Verwaltungsreform noch

vorhanden sind, sollten doch in erster Linie die positiven Aspekte und Chancen gesehen werden, die mit der Zusammenlegung der beiden Amtsbereiche Landwirtschaft und Forsten verbunden sind. Es gebe immer noch eine ganze Reihe unterschiedlicher Regelungen in den beiden Bereichen. Ziel sei es selbstverständlich, dies zu harmonisieren, aber man solle auch Geduld aufbringen, damit Landwirtschaft und Forsten „zusammenwachsen“ können. Er forderte ein geschlossenes Auftreten des gesamten Amtes nach außen und das Arbeiten an einer eigenen, gemeinsamen „Corporate Identity“. Zur Kritik an der zunehmenden Bürokratisierung und Verkomplizierung, insbesondere auch im Förderwesen, sagte er, dass eine Vereinfachung nur möglich sei, wenn alle Beteiligten auch zu gewissen Zugeständnissen bezüglich großzügiger Regelungen bereit sind. Wolf kündigte an, dass die Kosten-Leistungsrechnung (KLR) kommen werde und sah darin nicht nur ein mehr an Arbeit und Bürokratie, sondern auch die Chance, die eigene Arbeit und Leistung zu dokumentieren sowie die Möglichkeit nachweisbar einer ständigen oder schleichenden Überlastung entgegen zu wirken. Zum Personalabbau sagte Wolf, dass dieser nicht ausschließlich zu Lasten der Beratung gehen müsse und dürfe. Zu den weiteren Inhalten seines Referates sei auch auf das Mitteilungsblatt Nr. 2/2006 – Bericht aus dem Bezirk Oberbayern – verwiesen.

Landesvorsitzender Josef Konrad ging in seinem Grußwort auf die geplante Verbundberatung und den Entwurf des Agrarwirtschaftsgesetzes ein. Hauptforderungen sind die Sicherstellung einer Mindestausstattung der staatlichen Beratung mit wenigstens 200 Voll-AK, Abbau an Bürokratie und Festlegung klarer Betätigungsfelder für die Selbsthilfeeinrichtungen und die Verbundpartner in der Beratung. Der Staat muss in der Beratung das Heft in der Hand behalten.

Bei der Nachwahl der Stellvertreterin der Vertreterin der Hauswirtschaft wurde Frau Maria Treiber-Banse einstimmig gewählt. Frau Ruth Schumann hatte dieses Amt aus persönlichen Gründen abgegeben.

Abgerundet wurde das Programm am Nachmittag mit einer Besichtigung des „Oberpfälzer Seenlandes“, das in unmittelbarer Nähe zum Tagungsort liegt. Der Geschäftsführer des Zweckverbandes Oberpfälzer Seenland, Herr Markus Hartinger, führte die Teilnehmer an einige markante Punkte, an denen die Entwicklung dieses Gebietes deutlich wurde. Für den Bereich Freizeit und Erholung bietet das Seenland noch viele Möglichkeiten, von denen auch die Landwirtschaft über Gäste auf dem Bauernhof, Direktvermarktung und vieles mehr profitieren kann.

Georg Mayer
Bezirksvorsitzender

Gemeinsame Bezirksversammlung Franken

Herr Dr. Heidrich begrüßte am Dienstag, den 10.10.2006 in Schlüsselfeld-Aschbach im Namen der drei Fränkischen Bezirksverbände im Drei-Länder-Eck zwischen Ober-, Mittel- und Unterfranken die anwesenden aktiven Mitglieder und Pensionisten, den Referenten des Tages, Herrn Ministerialdirektor Josef Huber, den VELA-Landesvorsitzenden, Herrn Josef Konrad und den Vertreter des VLTD, Herrn Arno Eisenacher.

Die Veranstaltung war geprägt von dem engagierten Vortrag unseres obersten Amtschefs, der das Thema „Zukunft der Landwirtschaftsverwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Agrarwirtschaftsgesetzes“ mit offenen, deutlichen Worten präsentierte. Ebenso offen und lebhaft war die daran anschließende Diskussion. Sie wurde durch das themenbezogene, kritisch formulierte Grußwort des VLTD-Vertreters gewürzt.

Vortrag von Herrn Ministerialdirektor Josef Huber:

Was hat die Landwirtschaftsverwaltung schon alles über sich ergehen lassen müssen!

MD Huber beginnt mit einem Rückblick auf die in zunehmendem Tempo vorangetriebene Umstrukturierung unseres Ressorts. Kein anderer Geschäftsbereich war von Reformen so betroffen, wie die Landwirtschaftsverwaltung. Allein seit 2003 lässt sich der Bogen von der Rückressortierung der Ernährungsberatung, Umorganisation der Landesanstalten, Festlegung der Schul- und Ämterstandorte, Konzentration der Beratung, bis hin zur Forstreform und Zusammenführung der Forstämter mit den Ämtern für Landwirtschaft spannen. Dazu kommen noch die vielen Herausforderungen, die im Verwaltungsablauf zu bewältigen sind, wie z.B.: Übernahme des Vertragsnaturschutzprogramms ohne zusätzliches Personal, Einführung der digitalen Flurstückskartei, Änderungen beim AFP, Aufarbeitung des ORH-Prüfberichts, Umsetzung diverser EU-Richtlinien (1:1 oder darüber hinaus) etc. .

MD Huber versichert den Zuhörern, dass am StMLF sehr wohl ein Bewusstsein darüber vorhanden ist, was den Bediensteten zugemutet wird. Mit der Feststellung, dass die Landwirtschaftsverwaltung bisher trotz allem funktioniert hat, spricht Huber als Amtschef den Bediensteten seinen Dank aus. Gleichzeitig betont er, angesichts aller Diskussionen und Befindlichkeiten nicht zu vergessen, dass Bayern noch eine eigenständige Landwirtschafts- und Forstverwaltung hat. Mit Blick auf die Reformauswirkungen in Baden-Württemberg oder die Ergebnisse der Forstreform in Österreich ist dies keine Selbstverständlichkeit. Seitens der Politik wird auch dort mit Erfolgsmeldungen aufwartet.

Im Folgenden geht Huber näher auf die Zusammenführung der Landwirtschafts- und Forstverwaltung ein. Die

Zusammenführung ist erst ein Jahr alt, deshalb ist Geduld das Gebot der Stunde. Gerade die Mitarbeiter der Forstverwaltung haben viel wegstecken müssen. Zwischen den Bereichen Landwirtschaft und Forstwirtschaft gibt es Regelungsunterschiede. Diskussionen um Probleme dürfen nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Zur Aufarbeitung von Problemen, zur Zusammenführung und Harmonisierung beider Bereiche, wie auch zur Verwaltungsvereinfachung ist eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Ziel ist nicht die absolute Verschmelzung beider Bereiche, sondern optimale Lösungen für die Arbeitserledigung und die ordnungsgemäße Dienstleistung. Wichtig ist, wie uns der Kunde sieht. Wir müssen auf unsere Außenwirkung achten. Nach innen sind deshalb nicht nur und allem voran die Schwächen zu suchen.

Kern des Referates ist die Landwirtschaftsverwaltung und das Agrarwirtschaftsgesetz.

Zum Stand der Dinge: das Agrarwirtschaftsgesetz wurde am 10. Juli 2006 beschlossen, am 27. September fand die Expertenanhörung statt. Die Verabschiedung im Landtag ist noch für dieses Jahr vorgesehen. Die aktuelle Fassung kann im Intranet abgerufen werden.

Als Schwerpunkte der Neuorientierung nach dem LwFöG gelten: mehr unternehmerische Selbstverantwortung, Hervorheben des Stellenwertes des ländlichen Raumes, um den sich bereits mehrer Ministerien kümmern, Erschließung neuer Einkommensfelder für die Landwirtschaft, Verbesserungen beim Tier- und Verbraucherschutz, Verankerung der Selbsthilfeeinrichtungen mit ihrer Tätigkeit im Dienstleistungsbereich, weniger Bürokratie und Projektförderung als Leitlinie (im Gegensatz zur bisherigen institutionellen Förderung).

Das Agrarwirtschaftsgesetz ist als Rahmengesetz eine Antwort auf die fortschreitende Liberalisierung der Märkte. Zentrales Ziel ist ein vitaler ländlicher Raum mit einer starken Land- und Forstwirtschaft. Aus diesem Zentralziel werden Leitziele entwickelt, in denen sich die Landwirtschaftsverwaltung mit ihren wichtigsten Aufgaben wiederfindet.

Aus- und Weiterbildung, Forschung, Wissenstransfer und insbesondere die Beratung ist mit einem eigenen Artikel im Gesetz verankert. Die fachschulische Bildung und der Unterhalt der staatlichen Bildungseinrichtungen wird als Kernaufgabe für das staatliche Personal fortgeschrieben. Mit der Gewährleistung einer, am Gemeinwohl ausgerichteten, staatlichen Beratung, besteht somit für das staatliche Personal - zusammen mit dem Bildungsauftrag - eine Zukunftsorientierung.

Die Landwirtschaftsverwaltung behält die Kernkompetenz für eine subsidiäre, am Gemeinwohl und am Verwaltungsvollzug ausgerichtete Beratung. Für die produktionstechnische und betriebswirtschaftliche Beratung bedeutet subsidiär, im Sinne einer helfenden Ergänzung, dass die

Beratung zukünftig mit Verbundpartnern (LKP, LKV und anerkannten, nichtstaatlichen Beratern) stattfindet. Die staatliche Beratung bleibt für den Landwirt kostenlos. Nichtstaatliche Beratung kann gefördert werden.

Das Fazit lautet: das gewohnte Leistungsspektrum kann nicht mehr wie bisher erbracht werden, wir können nicht mehr alles leisten, behalten aber die Leitfunktion. Es ist politischer Wille, mit dem Erhalt der Kernkompetenz für unsere Verwaltung auch die Einheit von Schule und Beratung zu sichern.

Mit der Aussicht auf Förderung anerkannter, nichtstaatlicher Berater wird sofort die Frage nach der Finanzierung dieser Möglichkeit laut. Hochrechnungen ergeben ca. 20 bis 30 Mio. € benötigte Mittel (auch LKP u. LKV arbeiten bisher nicht kostendeckend). Und was liegt näher, als die Umrechnung benötigter Haushaltsmittel für die Förderung in dafür aufzugebende Stellen in der Landwirtschaftsverwaltung.

Haushaltseinsparungen stehen schließlich über allem. Derzeitige Situation: in einer Serie von Einsparbeschlüssen ist der Abbau der Personalstellen an den Ämtern von ausgangs 2760 auf 2100 bis zum Jahr 2019 festgeschrieben. Etwa die Hälfte davon gilt als erbracht (die eingesparten Stellen durch die Auflösung der Abteilungen Landwirtschaft an den Bezirksregierungen eingerechnet). 370 Stellen müssen noch abgebaut werden. Die natürliche Fluktuation reicht dafür nicht aus.

Trotz alledem: der Stellenabbau war lange vor dem Agrarwirtschaftsgesetz beschlossen. Das Agrarwirtschaftsgesetz schützt vor Kahlschlag aufgrund bisheriger Beschlüsse.

Herr MD Huber nahm sich viel Zeit, in der anschließenden Diskussion die zahlreichen Fragen eingehend zu beantworten. Die Botschaft war: den Dialog suchen und pflegen.

In den Wortmeldungen spiegelte sich ein weites Spektrum wider, welches sowohl das Tagesgeschäft an den Ämtern, strategische Überlegungen zum Aufbau unserer Verwaltung und zur Erfüllung unserer Beratungsaufgabe, als auch die praktikable Gestaltung von Verwaltungsabläufen einschloss.

Am Nachmittag standen den einzelnen Bezirksverbänden ihre Vertreter zur Aussprache zur Verfügung. Die Veranstaltung wurde von einer Führung durch Schlüsselfeld abgerundet, die Herr AD i.R. Dr. Kurt Rieder organisiert hatte.

Wolfgang Pfrang

Treffen niederbayerischer „Ruheständler/innen“

Entsprechend dem schwäbischen Vorbild fand im Oktober diesen Jahres ein Treffen der niederbayerischen Kolleginnen und Kollegen statt. Bezirksvorsitzender Dr. Schwab und ich konnten erfreulicherweise zahlreiche „Ruheständler/innen“ begrüßen.

Vormittags trafen wir uns beim Kernkraftwerk Ohu. Ein Film und Modelle veranschaulichten uns eingangs Funktion und Bedeutung des Werkes. Auf besonderes Interesse stieß dann die eingehende Besichtigung des Blocks 2 mit Maschinenhaus, Kühlturm und zentraler Überwachungsanlage. Beim abschließenden Imbiss hatte der Leiter der Anlage, Herr Dr. Seifert, viele Fragen und Diskussionsbeiträge zu beantworten.

Anschließend empfing uns Bürgermeister Jakob Entholzer in der guten Stube der Stadt, dem Rathausprunksaal. Er informierte uns über die geschichtliche Entwicklung

und derzeitigen Stand der Bezirkshauptstadt Landshut.

Bei der kurzen Stadtführung erläuterte Kollege Dr. Josef Bauer vor allem die neu renovierte Dominikanerkirche (neben dem Regierungsgebäude), die jetzt wieder ein echtes Juwel in der an Kunst reichen Stadt geworden ist.

Das abschließende gemütliche Beisammensein im Cafe Kreuzer diente dem Austausch von Erinnerungen. Übereinstimmend wurde dabei festgestellt, dass früher doch bessere Zeiten für die Landwirtschaftsverwaltung gegeben waren.

Nächstes Jahr werden wir wieder so ein Treffen durchführen. Denn es war ein schönes Erlebnis, Kollegen und Kolleginnen nach längerer Zeit wieder getroffen und mit ihren Erinnerungen ausgetauscht zu haben.

Josef Seidl

Lehrmittel-Antiquitäten

In den Vela-Mitteilungen Nr. 1/2005 habe ich an Lehrmittel (Modelle von Ackergeräten) erinnert, deren Alter und Herkunft meinen Oberpfälzischen Kollegen und mir nicht bekannt waren; Reste davon gibt es in Cham und Regensburg. Von den - vor allem älteren - Kollegen wollte ich erfahren, ob sie über diese Geräte noch Näheres wissen. Es kam aber keinerlei Reaktion. So habe ich mich im Internet auf die Suche gemacht und bin - außerhalb Bayerns - in Stuttgart-Hohenheim fündig geworden. Dr. Klaus Herrmann betreut im dortigen „Deutschen Landwirtschaftsmuseum“ u. a. etwa 1 000 Modelle, die aus der zwischen 1819 und 1904 existierenden Hohenheimer Ackergerätfabrik stammen. Als Anschauungsobjekte, auch zum Nachbau in Originalgröße, wurden das ganze 19. Jahrhundert über Modelle verkauft. Die Modelle der Landwirtschaftsschule Regensburg hat der Schulträger, das oberpfälzische „Landwirtschaftliche Kreis-Comité“ bereits im Gründungsjahr 1868 in stattlicher Anzahl in Hohenheim gekauft und als Lehrmittel zur Verfügung ge-

stellt. Auch die übrigen in der Oberpfalz bis zum 1. Weltkrieg errichteten Landwirtschaftsschulen erhielten diese Modelle. Sicher sind auch in den anderen sechs Regierungsbezirken nicht alle dieser Antiquitäten entsorgt worden. Wenn man jetzt Alter und Herkunft kennt, sollten die Restlichen erhalten bleiben als Zeugnisse früherer Bemühungen, dem landwirtschaftlichen Nachwuchs die damals neuesten Bodenbearbeitungsmethoden anschaulich nahe zu bringen.

Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Landwirtschaftsschulen auch mit Gipsmodellen von Pferden, Rindern und Schweinen ausgestattet, die erfreulicherweise am Sockel mit Informationen über den Tierzuchtprofessor als Initiator, den Bildhauer und über Herstellungsjahr und -ort Auskunft geben. Wenn manche der noch vorhandenen Modelle auch etwas ramponiert erscheinen, geben sie doch dreidimensional ein wertvolles Bild der Tierzucht vor über hundert Jahren.

Heinz Hedeler

Personalnachrichten

Die nachfolgend aufgeführten Ernennungen, Versetzungen, Abordnungen und Pensionierungen beziehen sich auf den Zeitraum 1.07.2006 bis 30.11.2006.

Ernennungen

Zum Landwirtschaftsdirektor

Hebauer Johannes, DO Regensburg
Schmachtenberger Rainer, DO Kitzingen
Stützle Wolfgang, ALF Weilheim
Weber Harald, ALF Coburg
Weiher Ludwig, ALF Augsburg
Zens Hans, ALF Traunstein

Zur Hauswirtschaftsdirektorin

Kolb Gertrud, ALF Bayreuth

Zum Landwirtschaftsoberrat

Dr. Bischoff Reinhard, ALF Schweinfurt
Bittl Peter, TS Triesdorf
Eggenmüller Markus, ALF Augsburg
Ernst Friedrich, ALF Bayreuth
Heierth Rainer, FÜAK
Dr. Nesper Stefan, LfL ILT

Zur Hauswirtschaftsoberrätin

Buberger Gerlinde, ALF Abensberg
Pilz Birgitta, ALF Regensburg

Zum Landwirtschaftsrat

Alberts Claudia, ALF Uffenheim
Dr. Hageleit Melanie, ALF Pfaffenhofen
Kendzia Nikolai, LWG Veitshöchheim
Dr. Liebler Joachim, AU Aschaffenburg
Dr. Schätzl Dietmar, ALF Erding
Strobl Markus, ALF Pfaffenhofen

Zum Landwirtschaftsrat z.A.

Angermeyer Markus, FS Schönbrunn
Dietl Georg, ALF Passau-Rothalmünster
Lock Margarete, ALF Pfarrkirchen
Meindl Claudia, ALF Erding
Ramsauer Ludwig, FÜAK

Dr. Schächtl Josef, LfL IPS
Simon Erika, ALF Wertingen
Staffler Barbara, ALF Rosenheim
Würth Erhard, ALF Mindelheim

Versetzungen

Brandmaier Gerhard, ALF Tirschenreuth an StMLF
Dr. Brunner Renate, FS Schönbrunn an ALF Roth
Dodel Annette, ALF Regensburg an ALF Straubing
Dörr Friederike, Praktikantenamt an ALF Pfaffenhofen
Haran Helmut, TS Schönbrunn an StMLF
Heidrich Monika, ALF Kulmbach an HLS Bayreuth
Heierth Rainer, ALF Rosenheim an FÜAK
Holzinger Wolfgang, ALF Pfaffenhofen an
ALF Schwandorf
Dr. Karrer Michael, LfL an StMLF
Kellermann Adolf, ALF Rosenheim an LfL Freising
Loibl Christian, FS Schönbrunn an ALF Regen
Müller Thomas, ALF Ebersberg an ALF Augsburg
Nagel Bernhard, ALF Münchberg an ALF Bayreuth
Dr. Nawroth Peter, HLS Bayreuth an ALF Rosenheim
Dr. Pex Eberhard, HLS Rothalmünster an ALF Landau
Poersch Stephan, ALF Bayreuth an ALF Münchberg
Schätzl Robert, ALF Roth an ALF Landshut
Dr. Schwab Walter, ALF Regen an ALF Deggendorf
Walter Gudrun, ALF Ansbach an HLS Bayreuth
Werner Fabian, ALF Passau an HLS Rothalmünster

Pensionierungen

Dr. Hampel Günter, ALF Kulmbach
Dr. Hepting Leonhard, LfL IPZ
Kraus Walter, FÜAK
Lutz Friedel, FÜAK
Pesold Maria, ALF Regensburg
Porzelius Adelheid, TS Landsberg
Weisenberger Theresia, ALF Würzburg

Altersteilzeit – Beginn der Freistellungsphase

Fetzer Jürgen, ALF Rosenheim
Gerle Johann, DO Memmingen
Grabler Werner, ALF Augsburg
Hartmann-Wachta Guda, ALF Miesbach
Kühn Wolfgang, LfL ITZ Riem
Stadler Siegfried, ALF Friedberg

Der Verband gratuliert seinen Jubilaren

zu folgenden zwischen dem 1.07.2006 und 30.11.2006 vollendeten Lebensjahren

zum vollendeten 93. Lebensjahr

Tichy Elisabeth, 97299 Zell

zum vollendeten 91. Lebensjahr

Rothkopf Paula, 97653 Bischofsheim

zum vollendeten 90. Lebensjahr

Keßler Georg, 97346 Iphofen

zum vollendeten 89. Lebensjahr

Caesar Lisa, 91550 Dinkelsbühl

zum vollendeten 88. Lebensjahr

Baumann Heribert, 95447 Bayreuth
Von Hofmann Marianne, 87645 Schwangau
Walser Eugen, 87439 Kempten

zum vollendeten 87. Lebensjahr

Bunz Rosl, 92224 Amberg
Tolkmitt Ruth, 91710 Gunzenhausen

zum vollendeten 86. Lebensjahr

Binsteiner Josef, 86899 Landsberg
Ernstberger Alfons, 95445 Bayreuth
Hoyos Franz Graf, 93138 Lappersdorf
Öttl Johann, 85356 Freising
Straub Erna, 86529 Schrobenhausen
Strehler Adolf, 91224 Pommelsbrunn

zum vollendeten 85. Lebensjahr

Feistle Elisabeth, 87719 Mindelheim
Hartmann Wendelin, 85435 Erding
Huberth Baptist, 97318 Kitzingen
Dr. Mueller Hertha, 97230 Estenfeld
Sasse Josef, 97234 Reichenberg
Schaezler Degenhard Frhr. von, 95369 Untersteinach

zum vollendeten 84. Lebensjahr

Rasch Karl Hans, 91301 Forchheim

Wohlfeil Jakob, 97424 Schweinfurt
Zöller Theodor, 97638 Mellrichstadt

zum vollendeten 83. Lebensjahr

Holzinger Hermann, 97616 Bad Neustadt/Saale
Kurz Franz, 91217 Hersbruck
Strohmeyer Brigitte, 86911 Diessen

zum vollendeten 82. Lebensjahr

Auer Albert, 85276 Pfaffenhofen
Herz Hildegunde, 87435 Kempten
Dr. Hofmann Paul, 81827 München
Murmman Gertrud, 89335 Ichenhausen
Schmolze Theodor, 86756 Reimlingen

zum vollendeten 81. Lebensjahr

Baumann Werner, 92637 Weiden
Härtling Walter, 97320 Buchbrunn

zum vollendeten 80. Lebensjahr

Dr. Albertshauer Hildegard, 80636 München
Böhm Katharina, 93053 Regensburg
Dr. Kräußlich Horst, 82131 Gauting
Graf Anton, 96317 Kronach
Habersack Elfriede, 83404 Ainring
Dr. Rieder Kurt, 91522 Ansbach
Prof. Dr. Simon Uwe, 85350 Freising
Steinle Maria, 87600 Kaufbeuren

zum vollendeten 75. Lebensjahr

Danzer Josef, 92637 Weiden
Dick Heinrich, 94522 Wallersdorf
Ratz Karl Peter, 91617 Oberdachstetten
Wimmer Gerhard, 82178 Puchheim

zum vollendeten 93. Lebensjahr

Bach Ludwig, 93059 Regensburg
Gion Helma, 94036 Passau
Kraus Josef, 84307 Eggenfelden
Lehner Helmut, 86381 Krumbach
Mayr Manfred, 86989 Steingaden
Schraml Helmut, 86529 Schrobenhausen
Seibold Gertrud, 91735 Muhr am See
Werner Reinhilde, 94249 Bodenmais
Winterholler Maria, 86932 Ummendorf/Pürgen

Seit Erscheinen des letzten Mitteilungsblattes (2/06) sind verstorben

| | | | | | |
|--------------------|----------------|----------|---------------------|---------------|----------|
| Hofer Josef | Benediktbeuren | 83 Jahre | Rebhan Manfred | Hof | 71 Jahre |
| Klement Franz | Bamberg | 82 Jahre | Schmid Ingeborg | Ruderatshofen | 77 Jahre |
| Kohlbauer Hans | Eggenfelden | 89 Jahre | Dr. Seifarth Dieter | Neuburg/Donau | 71 Jahre |
| Nowotny Karl-Heinz | Greding | 74 Jahre | von Reichert Helmut | Vachendorf | 91 Jahre |
| Oberlinner Martin | Eiselfing | 58 Jahre | Dr. Wirth Arthur | Forchheim | 86 Jahre |

Der Verband bewahrt ihnen ein ehrendes Andenken.



*Wir wünschen allen
unseren Mitgliedern
ein frohes Weihnachtsfest
und für
das neue Jahr 2007
Glück, Gesundheit
und viel Erfolg*